Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheint wöchentlichst mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 4.—, ¼jährlich Mk. 12.—, ohne Austragen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 12.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2.

Anzeigenpreise: Die 6gespaltene Korpuszeile 90 Pfg., auswärts 1.— Mk. Amtlicher Teil Mk. 2.—. Reklamezeile Mk. 2.—. Beilagegebühr pro Hundert Mk. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Austrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 129 — Sonntag, den 30. Oktober 1921 — 32. Jahrgang

Amtliches.

Billiges Schuhwerk.

1. Durch die Schuhhändler

*Paul Keyselt, Brandis, Max Walter, Grimma, und
*Feodor Jubisch, Grimma, *Bruno Ulbricht, Naunhof
*Albin Knorr, Grimma,

gelangt noch zum Teil sehr gut instandgesetztes getragenes Militär-Schuhwerk ohne Bezugsschein zum Verkaufe.

2. Reichsware. In den mit * bezeichneten Geschäften gelangen neue Herren- und Damen-Schnür-Stiefel (sog. Reichsschuhwerk) an Minderbemittelte gegen Glaubhaftmachung der Bedürftigkeit bis spätestens 8. November zum Verkaufe. Die Schuhhändler sind verpflichtet, die Bedürftigkeit der Käufer zu prüfen.

Es steht nur ein kleiner Posten dieser Schuhe zur Verfügung und kann daher keine Gewähr auf Belieferung aller Bewerber übernommen werden.

Grimma, 28. Oktober 1921. 113 Bekl.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

Der Reichsminister der Finanzen hat eine Personenstandsaufnahme für das gesamte Reichsgebiet nach dem Stande **vom 20. Oktober 1921** angeordnet.

Zu der Personenstandsaufnahme sind Vordrucke zu verwenden und zwar:

a) ein Vordruck Lei I 128 für eine „Wohnungsliste",
b) „ „ Lei I 129 „ „ „Personenstandsaufnahme.

Spätestens bis zum **24. Oktober 1921** werden

a) jedem Inhaber einer selbständigen Wohnung ein Wohnungslistenvordruck Lei I 128,
b) jedem Grundstücksbesitzer oder dessen Vertreter soviel Personenstandsaufnahmevordrucke Lei I 129 zugehen, wie er selbst bewohnte oder ganz oder teilweise zu Wohnzwecken oder zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken vermietete oder verpachtete Gebäude in Naunhof besitzt.

Der selbständige Gutsbezirk in der Flur Naunhof gilt als Teil der Stadt Naunhof.

Jeder Inhaber einer selbständigen Wohnung hat den Wohnungslistenvordruck sofort nach Maßgabe der auf dem Vordruck aufgedruckten Anleitung sorgfältig auszufüllen, zu unterschreiben und ihn ausgefüllt und unterschrieben **spätestens bis zum 27. Oktober 1921** an den Hausbesitzer oder dessen Vertreter abzuliefern.

Jeder Besitzer eines bewohnten oder ganz oder teilweise zu Wohnzwecken oder zu gewerblichen oder landwirtschaftlichen Zwecken vermieteten oder verpachteten Gebäudes oder sein Vertreter hat für die rechtzeitige Ablieferung der ausgefüllten und unterschriebenen Wohnungslistenvordrucke seitens der Wohnungsinhaber an ihn zu sorgen, die ordnungsgemäße Ausfüllung und Unterschrift der abgelieferten Wohnungslistenvordrucke nachzuprüfen, etwaige Mängel und Lücken in der Ausfüllung beseitigen zu lassen und die Wohnungslistenvordrucke jedes einzelnen Hausgrundstücks fortlaufend zu nummerieren. Als dann hat er für jedes der Hausgrundstücke eine Bescheinigung unter Benutzung des Personenstandsaufnahmevordrucks entsprechend der auf ihm angegebenen Anleitung auszufüllen, zu unterschreiben und den Personenstandsaufnahmevordruck nebst den dazu gehörigen Wohnungslistenvordrucken **spätestens bis zum 31. Oktober d. J.** in der hiesigen Stadtsteuereinnahme (Zimmer 14) abzuliefern.

Ueber Zweifel wird in derselben Auskunft gegeben.

Naunhof, am 19. Oktober 1921. **Der Bürgermeister.**

Der unterm 30. September 1921 aufgestellte 1. Nachtrag zum Ortsgesetz der Stadt Naunhof über die Wahlen von Stadtverordneten vom 15. Januar 1919 ist vom Ministerium des Innern genehmigt worden und liegt 2 Wochen lang im Meldeamt des Rathauses hier, Zimmer 11 während der üblichen Geschäftsstunden zu jedermanns Einsicht aus.

Naunhof, am 28. Oktober 1921. **Der Stadtgemeinderat.**

Die Brandkassenbeiträge für die Gebäudeversicherung auf den Termin 1. November 1921 sind fällig und innerhalb 14 Tagen an die Stadtkasse, Lange Straße 1, Zimmer 14 zu entrichten.

Die Beitragseinheit wird mit 6 Pfg. erhoben.

Naunhof, am 28. Oktober 1921. **Der Bürgermeister.**

Den von Zeit zu Zeit in der Schule stattfindenden **Mutterberatungsstunden** sind unbedingt vorzuführen: die unter 2 Jahre alten unehelichen Kinder, die Ziehkinder bis zu 2 Jahren und diejenigen unter 2 Jahr alten Kinder, die tagsüber in Pflege gegeben werden. Diese Maßnahme ist notwendig, um Krankheiten, die den Kindern anhaften könnten, rechtzeitig zu erkennen und damit zu vermeiden, daß langandauernde Krankheiten entstehen.

Naunhof, am 28. Oktober 1921. **Der Bürgermeister.**

Die Patentmedizin.

Von besonders unterrichteter und sachverständiger Seite wird uns geschrieben:

Mister Vanderlip, der bekannte Newyorker Finanzier, hat in diesen Wochen die Hauptstädte von Europa besucht und hat entsprechend der nicht zu theoretischen Untersuchungen, sondern vor allem zur praktischen Arbeit neigenden Art des amerikanischen Geschäftsmanns auch sofort einen Plan ausgearbeitet, den er in diesen Tagen deutschen Interessenten anvertraute und von dem er glaubt, daß seine Verwirklichung den valutakranken Ländern Europas Gesundung bringen kann. Vanderlip bezeichnete seinen Plan als „Patentmedizin". Wen sollte ein solcher Plan mehr interessieren als uns Deutsche, deren Währung heute im Auslande nur noch einen kleinen Teil des Friedenswertes besitzt?

Vanderlip will eine Zentralbank mit einem Kapital von einer Milliarde Golddollars ins Leben rufen. Diese Bank soll Noten ausgeben, welche zu 20 Prozent minimal durch Gold gedeckt sind. Er meint, daß man somit — gestützt auf die Garantie des Aktienkapitals, wie auch auf die Goldreserve — zu einem Notenumlauf von fünf Milliarden Dollars kommen kann, eine Summe, die phantastisch klingt, aber verständlich wird, wenn man sich die Inflation, d. h. die Überflutung mit Papiergeldscheinen, und die riesigen Schuldensummen der europäischen Staaten vergegenwärtigt. Auch die Golddeckung an sich, die Vanderlip auf minimal eine Milliarde Dollar, d. h. auf vier Milliarden Goldmark veranschlagt, liegt an sich nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit. Denn wenn auch 1914 der Umlauf an gemünztem Golde in der ganzen Welt nur auf etwas über sechs Milliarden Mark geschätzt wurde, so ist es doch bekannt, daß von dem Goldschatze Europas allein sich heute zirka 80 Prozent in Amerika befinden, so daß eine Bank, die in der Tat unter Beteiligung aller amerikanischen Finanzkräfte und unter der werktätigen Mitarbeit der übrigen Kulturnationen gegründet würde, auch Aussicht hätte, die von Vanderlip für notwendig gehaltene Goldsumme als Unterlage zu beschaffen. Man kann also ruhig einmal unterstellen, daß die Bankgründung selbst nichts ist, was undurchführbar wäre. Eine ganz andere Frage aber ist es, ob und inwieweit dieses Institut in der Lage sein wird, das Valutasiechtum der europäischen Länder zu heilen oder zu lindern.

Valutakrankheit ist nicht nur Ausdruck für die Tatsache, daß die Währung des betreffenden Landes nicht in Ordnung ist, daß keine Goldreserve und keine Einlösungsmöglichkeit mehr schützend hinter dem Papiergelde steht. Der Stand der Valuta ist vielmehr in gewissem Sinne auch das Barometer, von dem die Größe der wirtschaftlichen Notlage eines Landes und die Fehlsummen in seiner Handels- und Zahlungsbilanz mit dem Auslande abzulesen sind. Diese hängen wiederum von der Unmöglichkeit zum ausreichenden Export und von den Notwendigkeiten eines schädlichen, weil die Kräfte des Landes übersteigenden, Imports ab. Auf diese Verhältnisse wird voraussichtlich eine direkte Einwirkung der Vanderlipschen Bank kaum zu erzielen sein. Sie wird sich hauptsächlich bemerkbar machen in einer Stütze der Valuta unter den Gesichtspunkten, daß die internationale Börsenspekulation in den Devisen notleidender Länder anstatt wie jetzt nach unten künftig mit der Richtung nach oben getrieben wird, weil nunmehr die Devisenspekulanten einen mächtigen und kapitalstarken, an der Aufwärtsbewegung der minderwertigen Devisen interessierten Gegner zu fürchten haben. Ferner würde die Gründung der Bank insofern die notleidenden Devisen wieder heben, weil in der Bankgründung selbst endlich seit acht Jahren zum erstenmal das Prinzip der Solidarität der Weltwirtschaft und das allgemeine Interesse an einer finanziellen Wiedergesundung Mittel- und Osteuropas bezeugt wird. Heute drückt auf die Devisen Deutschlands und Österreichs insbesondere der allmählich suggestiv gewordene Glaube weiter Kreise der Welt, daß Amerika und England und damit das internationale Kapital Mitteleuropas Ruin wollen, und daß es infolgedessen keinen Zweck hat, sich gegen diese Entwicklung zu stemmen. Insofern könnte also unzweifelhaft von der neuen großen Bank eine Wirkung ausgehen, die für die Valuten Deutschlands, Österreichs und der übrigen etwa zehn notleidenden osteuropäischen Länder von großem Werte sein könnte.

Aber es genügt nicht, die Entwicklung einer Valuta nur von der finanziellen Seite allein beeinflussen zu wollen. Hand in Hand damit muß gehen die Einwirkung von der volkswirtschaftlichen Seite aus. Man kann die Valuta eines Landes mit zusammengebrochener Wirtschaft nicht „stabilisieren", solange dieses Land durch eine ausbeuterische und erpresserische Politik seiner Gegner mit Gewalt am wirtschaftlichen Aufstieg gehindert und blutleer gemacht wird. Mit anderen Worten: Die deutsche Valuta kann nur ganz unwesentlich, nicht aber so entscheidend, wie es nötig ist, gehoben werden, solange der Versailler Vertrag Gültigkeit hat. Vanderlip sieht das ein. Er sagt selbst, daß die Reparationslasten für Deutschland unmöglich zu tragen sind und daß in seinem Interesse und in dem der ganzen Welt die Reparationsbedingungen des Versailler Vertrages abgeändert werden müssen. Das ist vorläufig nur ein Wort. Immerhin aber das Wort eines maßgebenden Finanzmannes. Gelingt es Herrn Vanderlip, dieses Wort zur Tat zu machen und die Entente davon zu überzeugen, daß die Weltwirtschaft Deutschlands Genesung gebieterisch verlangt, dann, aber nur dann kann seine Bank die großen Ziele, die er ihr steckt, auch erreichen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Kein Übergang der Eisenbahnen in Privathände.

Unter dem Vorsitz des Reichsministers Groener tagte der Sachverständigenbeirat des Reichsverkehrsministeriums. Er beschäftigte sich mit den in letzter Zeit lautgewordenen Anregungen, eine größere Rentabilität der Reichseisenbahnen durch Übergabe in Privatwirtschaft zu erzielen. Die überwiegende Mehrheit des Beirats war jedoch der Ansicht, daß eine Übertragung der Verwaltung an eine privatrechtliche Gesellschaft, selbst unter Wahrung des Eigentumrechts des Reiches, nicht zweckmäßig sei. Dagegen wurde eine vielseitige Durchdringung des Staatsbetriebes mit kaufmännischem Geist und möglichste Anwendung privatwirtschaftlicher Grundsätze innerhalb des Staatsbetriebes empfohlen.

Verzögerung der Besitzsteuern.

Aus parlamentarischen Kreisen verlautet, daß durch die Umbildung des Reichskabinetts die gegenwärtigen Arbeiten für die Steuergesetzgebung eine gewisse Verzögerung erleiden, besonders weil bei der Aufstellung der Steuerpläne mit einer großen Regierungskoalition unter Einschluß der Deutschen Volkspartei gerechnet wurde. Die Mehrzahl der Steuergesetze dürfte, wie ursprünglich beabsichtigt, bis zum Beginn der kommenden Reichstagssession am 3. November fertiggestellt sein. Jedoch werden die Gesetzentwürfe für die Besitzsteuern bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufgestellt werden können.

Das neue Auswanderungsgesetz.

Im Reichsministerium des Innern ist ein Entwurf eines Auswanderungsgesetzes fertiggestellt, das den Zweck verfolgt, auswandernden Deutschen die Wege zu ebnen und sie vor Enttäuschungen zu bewahren. Mit einer Reihe außereuropäischer Staaten schweben noch Verhandlungen.

Aufbesserungen der Beamtengehälter.

Im Reichsfinanzministerium fanden ausgedehnte Verhandlungen über die nötig gewordenen Gehaltsaufbesserungen für die Beamten statt. Nach der Auffassung des Reichsfinanzministeriums handelt es sich diesmal nicht ausschließlich um eine Teuerungsaktion, sondern um eine Neugestaltung des Besoldungsgesetzes. Den Vorschlägen der Beamtengewerkschaften stehen Vorschläge des Reichsfinanzministeriums gegenüber. Die Verhandlungen mit den Beamtenspitzenverbänden werden fortgesetzt.

Finnland.

× **Vereinbarung über die Alandsinseln.** Nach dem jetzt veröffentlichten Übereinkommen verpflichtet sich Finnland, die Alandsinseln nicht zu befestigen. Keine Anlage wird irgend welche militärischen Operationen darf beibehalten oder auf den Inseln errichtet werden. Auch darf keine militärische Land-, See- oder Luftstreitkraft irgend einer Macht innerhalb einer bestimmten Grenzzone eintreffen oder sich dort aufhalten. Ebenso ist jede Herstellung, Ein- und Ausfuhr von Waffen und sonstigem Kriegsbedarf verboten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Reichskommissar für den Wiederaufbau v. Batocki von seinem Posten zurückzutreten.

Berlin. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsring und der Deutsche Beamtenbund veröffentlichen einen geharnischten Protest gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens.

Berlin. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei wird nunmehr bestimmt am 1. und 2. Dezember in Stuttgart stattfinden.

Kattowitz. Die kommunistische Bewegung in Oberschlesien nimmt jeden Tag zu. Angeblich soll ein Generalstreik bevorstehen.

Die Preistreiberei im Kartoffelhandel

Vollkommen ausreichende Ernte.

Im Reiche sind in diesem Jahre etwa 26 Millionen Tonnen Kartoffeln geerntet worden. Für die Ernährung der Bevölkerung sind etwa acht Millionen Tonnen erforderlich. Wir müßten also reichlich auskommen. Trotzdem besteht zurzeit nicht nur an zahlreichen Stellen ein direkter Mangel, sondern die Preise sind auch auf eine Höhe getrieben worden, so daß ohne Umschweife von einer öffentlichen Gefahr gesprochen werden muß, infolge der wachsenden Beunruhigung in weiten Volkskreisen. Stärker und stärker erhebt sich die Frage: Wo sind die mehr wie ausreichend vorhandenen Kartoffeln, wer ist für den Mangel und die Preistreiberei verantwortlich zu machen? Werden doch schon seit Wochen nicht allein in Großstädten und Industriezentren, sondern auch anderwärts für den Zentner 90 bis 100 Mark verlangt. Das ist für Arbeiter- und Mittelstand nicht mehr erschwinglich. Abhilfe ist dringend notwendig, um schlimmen Gefahren vorzubeugen.

SLUB
Wir führen Wissen.